

# presse

---

## **Bildungsbericht definiert Handlungsauftrag an die Politik für die kulturelle Bildung**

Zum Nationalen Bildungsbericht 2012 mit dem Schwerpunkt kulturelle Bildung erklären der Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion Siegmund Ehrmann und die zuständige Berichterstatterin Ulla Schmidt:

Der aus dem Bildungsbericht folgende Handlungsauftrag an die Politik richtet sich sowohl an den Bund als auch die Länder. Ein gemeinsames Vorgehen bei dieser, für unsere Gesellschaft so zentralen Aufgabe wie Bildung, ist daher umso notwendiger. Daraus folgt: Weg mit dem Kooperationsverbot.

Der Bildungsbericht ist ein Plädoyer für die Bedeutung der kulturellen Bildung in allen Lebensphasen. Zugleich beschreibt er die Veränderungen in unserer Gesellschaft, die sich auch auf das Angebot von und die Nachfrage nach Kultur auswirken: Wir werden weniger, älter, bunter. Bildungswege verändern sich, Prioritäten verschieben sich, die Anforderungen und Inhalte von Bildung werden zunehmend komplexer. Der Bericht bestätigt: Bildung und damit auch kulturelle Bildung werden deutlich früher zu einem Schlüssel für die persönliche Entwicklung jedes Einzelnen.

Kulturelle Bildung stärkt das Ich und befähigt Menschen sich in der Informationsflut und Medienvielfalt zurechtzufinden. Sie muss früh beginnen, befähigt aber Menschen in jeder Phase ihres Lebens ihre kreativen und künstlerischen Fähigkeiten zu entdecken und zu nutzen. Kreative Begabungen werden befördert, Lernerfolge unterstützt und soziale Kompetenzen erlernt. Besonderen Wert legt die SPD darauf, dass kulturelle Bildung ein wichtiger Motor der Inklusion ist. Wenn wir die Inklusion von Menschen mit Startnachteilen fördern wollen, von Menschen mit Behinderungen oder Menschen, die aus anderen

Ländern kommen und hier bleiben, müssen wir auch die Kultur in den Mittelpunkt stellen.

Der Nationale Bildungsbericht zeigt politischen Handlungsbedarf: In allen Lebensphasen und allen sozialen Gruppen besteht ein breites Interesse an kultureller Bildung. In der Schule steht dem jedoch nicht immer ein adäquates Angebot gegenüber. Außerschulische Bildungseinrichtungen wie Musik- und Kunstschulen sind daher zwingend notwendig. Die SPD setzt sich deswegen dafür ein, kulturelle Bildung als Daseinsvorsorge zu begreifen, damit diese Einrichtungen auch in Zeiten knapper Haushalte angemessen ausgestattet sind. Sie dürfen nicht geschlossen werden, wenn allgemeine Einsparungen anstehen.

Die SPD begrüßt, dass die Ganztagschule die Möglichkeiten zur Kooperation zwischen Schule und außerschulischen Einrichtungen erweitert. Diese Chance wollen wir nutzen und Ansätze wie das gemeinsam von der Kulturstiftung des Bundes und der Mercator-Stiftung getragene Programm Kulturagenten ausbauen. Wir wollen fördern, dass Einrichtungen der kulturellen Bildung wie Museen und Theater ihre bereits vielfältigen Vermittlungsangebote auf alle Lebens- und damit Bildungsphasen erweitern. Die universitäre Ausbildung im Bereich Kunst und Kultur soll nicht nur ausgebaut werden. Die SPD will auch die beruflichen Erfordernisse an die Absolventen für eine Tätigkeit in der Kultur- und Kreativwirtschaft berücksichtigen.

Der aus dem Bildungsbericht folgende Handlungsauftrag an die Politik richtet sich sowohl an den Bund als auch die Länder. Ein gemeinsames Vorgehen bei dieser, für unsere Gesellschaft so zentralen Aufgabe wie Bildung, ist daher umso notwendiger. Daraus folgt: Weg mit dem Kooperationsverbot.